

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Schmitt-Vockenhausen, Hansing,
Lautenschlager, Wilhelm, Spillecke und Genossen**

**betr. erster und zweiter Bericht des Präsidenten des
Bundesrechnungshofes als Beauftragter für
Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung**

Das dem Bundesministerium des Innern unterstellte Bundesverwaltungsamt soll auf Beschluß des Bundestages vom 26. Oktober 1966 zur Entlastung der Bundesministerien typische Verwaltungsaufgaben nichtministerieller Art übernehmen. In den beiden Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Beauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wird die Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt in Köln vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat bisher noch keine Konsequenzen aus den Vorschlägen gezogen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Vorschlägen im ersten und zweiten Bericht des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Beauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung zur Übertragung von Aufgaben auf das Bundesverwaltungsamt in Köln ziehen?

Bonn, den 3. Dezember 1968

Schmitt-Vockenhausen

Hansing

Lautenschlager

Wilhelm

Spillecke

Brück (Holz)

Collet

Eckerland

Felder

Geiger

Hofmann (Kronach)

Dr. Kübler

Dr. Meinecke

Dr. Müller (München)

Müller (Mülheim)

Dr. Rau

Schonhofen

Tallert

Wiefel

Wuwer